

## HEINER STUDER IST NEUER EVP-PRÄSIDENT

**Dreimal Nein am 1. Juni 2008 – Heiner Studer ist neuer EVP-Präsident – dies die Entscheidung der 89. ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 5. April in Neuenburg. Ruedi Aeschbachers Engagement wurde mit stehenden Ovationen verdankt.**

VON NIKLAUS HARI,  
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Dreimal Nein am 1. Juni: so wollen es die Delegierten der EVP Schweiz. Den Gesundheitsartikel lehnt die EVP ab, weil damit die Aufhebung des Vertragszwanges droht und den Krankenkassen nicht Steuermilliarden zur Spitalfinanzierung ohne jedes demokratische Mitspracherecht überlassen werden sollen. Zur SVP-Einbürgerungsinitiative empfiehlt die EVP ein Nein, weil sie mit der Revision des Bürgerrechtsgesetzes überflüssig geworden ist und die von der SVP geforderten Urnenentscheide nicht begründbar, damit willkürlich und mit der Verfassung nicht zu vereinen sind. Zur Maulkorbinitiative hat der Zentralvorstand bereits am Vorabend der Delegiertenversammlung die Nein-Parole beschlossen: sie führt zu weit und die nötigen Gesetzesänderungen für mehr Zurückhaltung von Bundesrat und Verwaltung bei Abstimmungen sind bereits beschlossen – unter anderem dank dem Einsatz der EVP in der Staatspoli-



Heiner Studer löst Ruedi Aeschbacher an der Spitze der EVP ab.

tschen Kommission des Nationalrates. Neben der Genehmigung von Jahresrechnung 2007 und Budget

2009 haben die Delegierten gleichentags den Wettinger Vizeamann Heiner Studer zum neuen Präsidenten der EVP Schweiz gewählt. Er kennt die EVP wie kein Zweiter und ist als alt-Nationalrat mit der nationalen Politik vertraut. Der scheidende Präsident Ruedi Aeschbacher wurde mit stehenden Ovationen verabschiedet.

### KOMMENTAR

#### Harmonisierung?

*Ich bin im südwestlichsten Zipfel des Kantons Aargau aufgewachsen. Drei unserer Nachbargemeinden lagen in den Kantonen Bern, Solothurn und Luzern. Während ich fünf Jahre die Primar- und anschliessend vier Jahre die Bezirksschule besuchte, absolvierten Gleichaltrige in Wynau BE vier Primar- und fünf Sekundarschuljahre, in Fuluensbach SO und Pfaffnau LU dagegen 6 Jahre Primar- und nur 3 Jahre Oberstufe. Die Devise für Eltern lautete daher: ja nicht ins ausserkantonale Nachbardorf umziehen. Jetzt werden die Schulsysteme mit dem Projekt «HarmoS» der Erziehungsdirektorenkonferenz endlich schweizweit vereinheitlicht.*

*Dass dem Paket aber auch noch die Einschulung ab dem 4. Geburtstag und die (jetzt noch freiwillige und kostenpflichtige) Schaffung von Tagesstrukturen aufgeladen wurden, ist für mich unverständlich. Diese beiden zentralen Bestandteile haben nichts mit der eigentlichen Vereinheitlichung zu tun. Gleichzeitig gefährden sie aber das ganze Projekt, weil viele Eltern nicht bereit sind, die Erziehungsverantwortung für ihre Kinder schon ab 4 Jahren an die Schule abzugeben. Damit wird die Diskussion um «HarmoS» unnötig verideologisiert. Es wäre besser gewesen, man hätte den Inhalt der Etikette angepasst und es bei der Harmonisierung bewenden lassen. Das Steuerpaket 2003 lässt grüssen.*

Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Anzeige

**Solidaritätskundgebung für verfolgte Christen**

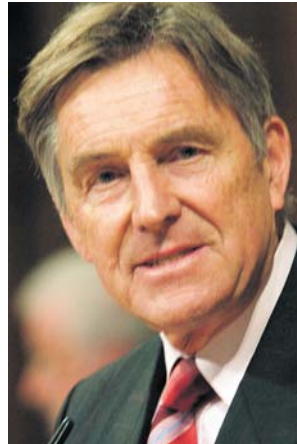
Mittwoch 28. Mai 2008  
Münsterplatz Bern 13.00 – 15.00 Uhr

Ich bin dabei

www.csi-schweiz.ch

**Politische Unkultur – und trotzdem Lichtblicke**

Die Bundesversammlung hat am 12. Dezember Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat gewählt. Und Bundesrat Blocher das Vertrauen entzogen. Zu Recht. Denn er hat das hohe Amt für Parteipolitik missbraucht, Andersdenkende lächerlich gemacht und gegen die eigene Behörde agiert. Blocher war nie Landesvater. Und er hat die Schweiz gespalten, wie kaum jemand zuvor.



Blocher ist Machtmensch. Ihm fehlt menschliches Format. Er kann nicht verlieren. Drohungen und massivste Druckversuche auf die neue Bundesrätin begleiteten seine Abwahl. Und seit ein paar Wochen läuft eine eigentliche Hatz der SVP auf die «Verräterin». Totalitär, hemdsärmelig, brutal.

Diese Hatz überschreitet bei weitem den Rahmen einer parteiinternen Auseinandersetzung: ein Mitglied unserer Landesregierung wird massiv verunglimpft, bedroht und behindert. Und eine Stimmung entsteht, in welcher Heissläufer ausrasten könnten. Dies ist nicht nur ein Angriff auf die Person, sondern auch auf unsere rechtsstaatlich-demokratischen Institutionen.

Das darf und kann nicht sein. Als erste Partei hat dazu die EVP Klartext gesprochen. Andere und auch der Bundesrat sind gefolgt. Auch das Volk zeigt immer deutlicher, dass es diese unsägliche, undemokratische Kampagne der SVP nicht goutiert: ein Lichtblick!

Beim Verfassen dieser Zeilen ein weiterer Lichtblick, eine Radiomeldung: Die EVP gewinnt im Thurgau zwei Sitze und steigert damit ihre Vertretung im Kantonsrat um 50 Prozent. Danke, liebe Thurgauer EVP für dieses schönste Geschenk zu meinem Abschied als Präsident der EVP Schweiz – und damit auch als Autor dieser Spalte.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher

«Ich muss übrigens schweren Herzens zugeben, dass der beste Kommentar in der Arena zur Unternehmenssteuerreform II von Eurem Berner Mann (Nationalrat Walter Donzé, die Red.) gekommen ist. Gratuliere! Unauffällig, aber der Beste, so seid ihr halt bei der EVP, gäll!»

Ein der EVP kritisch-wohlgesinnter Zeitgenosse per SMS zu Mediensprecher Niklaus Hari.

«Wir verbieten es der Sonne ja auch nicht, sich im Bodensee zu spiegeln!»

Der Thurgauer EVP-Kantonsrat Urs-Peter Beerli möchte die Vorschriften für Sonnenkollektoren lockern - auch wenn sie die Nachbarn stören.

PAROLEN DER EVP

gefasst am 4. April 2008 vom Zentralvorstand und am 5. April 2008 von der ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz in Neuenburg für die Volksabstimmung vom 1. Juni 2008:

- Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»** **NEIN**
- Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»** **NEIN**
- Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»** **NEIN**

INHALT

<b>Ruedi Aeschbacher: Rücktritt nach acht Jahren als EVP-Präsident</b>	<b>3</b>
<b>Einbürgerungsinitiative: Nein zu willkürlichen Entscheiden</b>	<b>4</b>
<b>Von Dignitas bis Istanbul: Die EVP in Aktion</b>	<b>5</b>
<b>Aus dem Bundeshaus: Verbandsbeschwerderecht und Strassenverkehr</b>	<b>6</b>
<b>Wahlen in der Ostschweiz: Sitzgewinn im Thurgau, Status quo in St.Gallen</b>	<b>7</b>

# DANKE RUEDI!

**Nach acht Jahren als EVP-Präsident tritt Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) nicht mehr zu einer weiteren Amtsperiode an. Wie einen Mann würdigen, der die Partei überaus umsichtig und mit enormem Engagement geführt hat? akzente lässt Menschen zu Wort kommen, welche Aeschbacher während seiner politischen Laufbahn erlebt haben.**



Ruedi Aeschbacher leitet seine letzte DV als Präsident der EVP.

Anfangen hat Aeschbachers Karriere als Stadtrat mit bürgerlicher Ausrichtung in Zürich, wie sich Peter Reinhard, Geschäftsführer der EVP Kanton Zürich erinnert: «Seine Wandlung zum engagierten Umweltpolitiker verhalf dem immer freundlichen und umgänglichen Ruedi Aeschbacher nicht nur zum Titel 'Schwellen-Ruedi', er prägte damit als bekanntester EVP-Politiker auch das Parteiprofil. Auch wenn ich seine Ansichten nicht immer geteilt habe, so war er doch ein Wegbegleiter, welcher den persönlichen Respekt und die Achtung vor Andersdenkenden bewahrt hat.»

## Umweltbewusst, wertorientiert, integrierend

Nach seiner überraschenden Abwahl aus dem Stadtrat im 1994 habe sich der Vollblutpolitiker Ruedi Aeschbacher rasch aufgefangen, erinnert sich Peter Schächli, lange Jahre Präsident der EVP Kanton Zürich: «Er hat erfolgreich für den Kantonsrat kandidiert und von dort aus die nationale Bühne betreten. Im Nationalrat hat Ruedi seine ökologische Linie nahtlos fortge-

setzt, sich aber auch als Werte-Politiker etabliert. Die heikle Aufgabe, das Nein der EVP zum Partnerschaftsgesetz zu vertreten, hat er bravurös gelöst. Man nahm es ihm ab, dass er lediglich eine Privilegierung homosexueller Paare ablehnte, sich aber gleichzeitig dagegen wehrte, dass diese diskriminiert werden.»

Seine Wertorientierung betont auch Hans Neuhaus, Mitglied des Zentralvorstandes: «Ich habe es nie erlebt, dass Aeschbacher die Contenance verlor oder seine politischen Gegner zur Schnecke gemacht hätte. Was er anpackte, tat er aus Überzeugung, nicht um als 'Blender' in die Annalen der EVP einzugehen. Er hat sich nie vom 'Fussvolk' distanziert, sondern war ein Mensch wie du und ich. Seine Meinung kam immer aus einer inneren Gradlinigkeit, darum wirkte er glaubwürdig – eine Ausnahme unter der Bundeshauskuppel!»

Im Jahr 2000 wurde Aeschbacher Präsident der EVP und hatte damit als Zürcher allen Kantonalparteien gleichermaßen vorzustehen. Kein Problem für den Berner Ernst Spiess, Mitglied des Zentralvorstan-

des: «Ich habe Ruedi weise, besonnen, humorvoll und vor allem auch integrierend erlebt.» Sehen das auch die Basler so? Dazu Grossrat Heinrich Ueberwasser aus Riehen: «Dank Aeschbacher sind wir als Kraft der Mitte und Wertepartei im Zeitalter der Polarisierung glaubhaft erkennbar und erfolgreich. Für uns Basler, auch ausserhalb der EVP, ist er zudem einer unserer Lieblingszürcher, mögen tun wir ja alle.» Alles klar!

## Hoch zu Ross? Keineswegs!

Eine der schönsten Geschichten weiss Gerhard Kaufmann, langjähriger Präsident der EVP Basel-Stadt, damals noch VEW, zu berichten: «Meine erste Begegnung mit Ruedi Aeschbacher geht zurück auf Anfang der Achtzigerjahre. Das Infanterieregiment 22 – die Basler Traditionstruppe – beendete seinen WK mit einem Defilee durch die Stadt. Angeführt wurde der einige Tausend Mann zählende Harst durch eine Trainkolonne, an deren Spitze ein Major hoch zu Ross. Das sei ein Zürcher Stadtrat, wurde herumgeboten – und in der Tat, es war Ruedi Aeschbacher, der in vorbildlicher Haltung den militärischen Reigen anführte. Ein Stadtzürcher Magistrat marschiert mit militärischem Gefolge in Basel ein – das baslerische Selbstwertgefühl war in der Folge etwas angekratzt.

Später lernte ich dann Ruedi Aeschbacher im Zentralvorstand und schliesslich als Zentralpräsi-

denten der EVP aus der Nähe kennen. Er politisierte ganz und gar nicht vom hohen Ross herab, sondern wusste – als primus inter pares – zu begeistern und uns, der kleinen Schar, politisches Selbstvertrauen zu vermitteln. Seine (Fernseh-)Auftritte liessen jeweils aufhorchen und vermittelten die Gewissheit: es gibt zum Glück noch eine andere Schweiz, ausserhalb der um Macht und Einfluss ringenden Blöcke.»

Doch auch ausserhalb der EVP kommt Aeschbacher gut an, wie Susanne Rüfenacht, Präsidentin der EVP Kanton Freiburg erlebt: «Mein Arbeitsweg führt an einem der schönsten Plätze Murten vorbei – den Gärten, die sich aussen an die Ringmauer anschmiegen. Eines dieser Paradieschen wird von einem älteren Mann gepflegt, der sich immer wieder über die Gemeindepolitik ereifert. Er liebt die Pflanzen und Vögel, ist ein grosser Kenner und setzt sich zu ihrem Schutz ein. Hie und da erzählt er mir mit leuchtenden Augen vom EVP-Präsidenten Ruedi Aeschbacher. Er überzeuge ihn, weil er sich mit aller Kraft für die Umwelt engagiere. Da leuchten jeweils auch meine Augen, weil ich stolz bin, dass unser Präsident schweizweit überzeugt!»

## Der goldene Guggel

Das Schlusswort gehört Nationalratskollege Walter Donzé (BE): «Ruedi Aeschbacher – 'Mister EVP', Mitgestalter des EVP-Erfolges, Vermittler und zielbewusster Kämpfer, oft unterschätzter und trotzdem unermüdlicher Rufer. Daneben ein selbstloser und heiterer Mitmensch und Kollege. Nachdem die Angewöhnung ans Handy gelang, reagiert er vom Ende der Welt auf seine Mails... Für mich ist es ein Vorrecht, mit Ruedi zusammenzuarbeiten: Er verdient den goldenen Guggel!»

## Dr. Ruedi Aeschbacher

Alter: 67 Jahre  
 Zivilstand: verheiratet mit Tina  
 Laufbahn: Jus-Studium, Bezirksanwalt, Bezirksrichter, Stadtrat von Zürich (1978 – 94), Zürcher Kantonsrat (1995 – 2000), seit 1999 im Nationalrat, seit 2000 Präsident der EVP  
 Hobbys: Tennis, Wandern, Velo fahren, Reisen



## Halbe Sachen

Vergangene Woche ist mir eine Schlagzeile ins Auge gestochen: «Halbe Sachen gibt es nicht (beim Circus Knie).» Das Zitat stammt von Mary-José Knie, deren Leben sich seit 35 Jahren um den Zirkus dreht. «Egal was wir bis jetzt gemacht haben, wir haben es immer mit hundertprozentigem Einsatz getan», sagte mir ein Ehepaar aus der christlichen Szene bei einem Interview.

Die Menschen, die diese Aussagen gemacht haben, könnten unterschiedlicher nicht sein. Und doch scheint mir, als hätten sie einiges gemeinsam: Sie waren bereit, Bisheriges, Liebgewonnenes aufzugeben. Sie haben mutig Dinge angepackt, worüber andere nur den Kopf schüttelten. Sie haben sich Ziele gesteckt, sie haben hart gearbeitet, vollen Einsatz geleistet – die einen um es Spöttern zu beweisen, die anderen um Gott damit zu ehren.

Wer sich mit politischen Fragen auseinandersetzt, gesellschaftliche Entwicklungen wahrnimmt, manche Tendenzen kritisch hinterfragt und auch noch bereit ist anzupacken, dem geht die Arbeit nicht aus. Vermutlich stehen gerade solche Menschen eines Tages resigniert vor all den Aufgaben, die sie haben und vor denen, die sie auch noch hätten. Vielleicht fehlt es uns in der Multioptions-Gesellschaft am Mut zur Einschränkung. Der Mut zu einem klaren «JA» und einem ebenso klaren «NEIN»: in Ehe und Familie, in unserer Beziehung zu Gott, im Umgang mit Suchtmitteln, in der Politik auf kommunaler und nationaler Ebene, usw. «Keine halben Sachen» – das fordert mich heraus!

Helena Gysin, freischaffende Hausfrau und Journalistin, Autorin

# NEIN ZU WILLKÜRLICHEN ENTSCHEIDEN

**Die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» will zu den nicht begründbaren und damit willkürlichen Einbürgerungsentscheiden an der Urne zurückkehren. Sie wird von der EVP zur Ablehnung empfohlen.**

VON WALTER DONZÉ,  
NATIONALRAT

Die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerungen», über die wir am 1. Juni abstimmen, ist eine Reaktion auf die Bundesgerichtsurteile, welche negative Einbürgerungsentscheide aufgrund fehlender Begründung als willkürlich und damit unzulässig taxiert haben. Mittlerweile haben sich Kantone und Gemeinden längst neu organisiert und die Initiative könnte problemlos zurückgezogen werden. Aber das wäre ein Prestigeverlust für die SVP.

Die Initiative will in der Bundesverfassung verankern, dass die Stimmberechtigten jeder Gemeinde festlegen können, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Gegen diesen Entscheid wären keine Rekurse mehr möglich. Inhalt-

lich geht es damit nicht um Voraussetzungen oder Kriterien für die Einbürgerung, sondern um reine Verfahrensfragen. Die Kernfrage besteht darin, ob unbegründete und damit möglicherweise gegen das Willkürverbot in der Verfassung verstossende Entscheide zugelassen werden sollen oder nicht. Wer rechtsstaatlich denkt, respektiert die Verfassung.

Die SVP argumentiert jetzt anders: Eine Ablehnung der Initiative mache aus der Einbürgerung einen reinen Verwaltungsakt. Dem Bürger würde das Recht auf einen Entscheid abgenommen. Das trifft nicht zu, denn er kann nach wie vor an einer Gemeindeversammlung Antrag stellen und entscheiden. Er kann die Abklärung auch an eine Behörde delegieren,

was zahlreiche Gemeinden inzwischen gemacht haben. Ausgeschlossen werden nur Urnenentscheide, weil sie nicht begründet werden können.

Die Annahme der Vorlage würde den Gesetzgeber vor eine unlösbare Aufgabe stellen: Entweder hält er sich an die Verfassung, bietet rechtliches Gehör und fordert eine Begründung des Entscheids (und wird damit der Initiative nicht gerecht) oder er setzt sich über die Verfassung hinweg und verletzt damit den

Rechtsschutz und das Diskriminierungsverbot.

Die Initiative ist durch die Revision des Bürgerrechtsgesetzes überholt und obsolet geworden. Die EVP-Delegierten haben deshalb ein Nein zur Vorlage beschlossen.

**«Sollen unbegründete und willkürliche Entscheide zugelassen werden oder nicht?»**

## GESUNDHEITSARTIKEL

# UNNÖTIGE ÄNDERUNG

**Der am 1. Juni zur Abstimmung gelangende Gesundheitsartikel schreibt wenig Neues in die Verfassung, die wichtigen Fragen werden ohnehin vom Parlament entschieden. Die EVP empfiehlt deshalb, ein Nein einzulegen.**

(nh). Der als Gegenvorschlag zur SVP-Initiative «Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung» lancierte Verfassungsartikel, über den am 1. Juni 2008 abgestimmt wird, bringt de facto wenig Neues. Umstritten sind vor allem die beiden Knacknüsse Vertragsfreiheit und monistische Finanzierung.

Würde erstere eingeführt, müssten die Krankenkassen künftig nicht mehr mit jedem Arzt abrechnen, sondern nur mit jenen, die gewisse

Kriterien erfüllen – was aber die freie Arztwahl für die Patienten einschränken würde. Zwar erwähnt der Verfassungsartikel die Vertragsfreiheit nicht ausdrücklich, doch galt sie noch im Dezember für bürgerliche Politiker als «Eckzahn» der Vorlage. Ihre Einführung auf dem Gesetzesweg ist im Parlament aber ohnehin bereits aufgegleist.

Einzig echte Neuerung ist die monistische Spitalfinanzierung: neu sollen die Spitäler nicht mehr von

Krankenkassen und Kantonen finanziert werden, sondern nur noch von einem Finanzierungspartner. Das soll zu einer transparenteren Abrechnung und Anreizen zur Kostensenkung führen. Doch auch diese Reform wurde vom Parlament bereits auf dem Gesetzesweg in Angriff genommen.

Fazit: der Verfassungsartikel birgt kaum Neuerungen, über die entscheidenden Fragen befindet ohnehin das Parlament. Während die EVP für eine monistische Finanzierung zu haben ist, steht sie der Aufhebung des Vertragszwangs eher kritisch gegenüber. Um dieses Anliegen nicht zusätzlich zu stärken, haben die Delegierten der EVP am 5. April in Neuenburg die Nein-Parole zur Vorlage beschlossen.

# AUGENMASS GEFORDERT

**Die «Maulkorbinitiative» geht zu weit: Es genügt, wenn sich Bundesrat und Verwaltung vor Abstimmungen Zurückhaltung auferlegen. Die nötigen Gesetzesänderungen sind bereits beschlossen – dank dem Einsatz der EVP.**

VON WALTER DONZÉ,  
NATIONALRAT

Das waren noch Zeiten, als «Bundesrat und Verwaltung sich noch nicht in die Niederungen der Parteipolitik begaben» (NZZ vom 10. März 2008)! Da muss man fünfzig Jahre zurück blättern. Keine steuerfinanzierten Kampagnen à la UNO-Beitritt, keine Interviews mit Bundesräten, schon gar nicht kontradiktorisch geführte Mediendebatten...

1978 veröffentlichten Bundesrat und Parlament erstmals im sogenannten Bundesbüchlein ihre Abstimmungsempfehlungen. Mit der Zeit konnten die Departemente ihre Vorlagen nicht nur kommentieren, sondern aktiv «durchziehen», und sie taten das über teure Profibüros. Noch 1992 beschloss gar das Parlament einen speziellen Kommunikationskredit von fast sechs Millionen Franken für die EWR-Kampagne.

Wie so oft, schlägt das Pendel gerne auf die andere Seite aus. Die von rechtsbürgerlichen Kreisen (nicht von der SVP!) lancierte Initiative will nun der aktiven Parteinahme von Bundesrat und Verwaltung den Riegel schieben. Einzig zugelassen ist eine «einmalige kurze Information an die Bevölkerung durch die Vorsteherin oder den Vorsteher des zuständigen Departements» sowie eine «sachliche Broschüre mit den Erläuterungen des Bundesrates an die Stimmberechtigten. Darin sind die befürwortenden und ablehnenden Argumente ausgewogen zu berücksichtigen.»

Damit geht die Initiative eindeutig zu weit. Handlungsbedarf war aber vorhanden, weshalb ich persönlich eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vorschlug, welche von beiden Räten übernommen wurde. Die

**«Der Bundesrat soll eine Abstimmung mit Augenmass begleiten können.»**

bisher verwaltungsintern geltenden Leitsätze der Vollständigkeit, Sachlichkeit, Verhältnismässigkeit und Kontinuität der Information wurden im Gesetz über die politischen Rechte verankert. Zudem darf der

Bundesrat keine von der Bundesversammlung abweichenden Abstimmungsempfehlungen abgeben. Mit dieser Gesetzesänderung ist den berechtigten Anliegen Genüge getan.

Der Abstimmungskampf darf nicht einflussreichen Einzelpersonen und finanzkräftigen Gruppen überlassen werden. Den Parteien fehlen die Finanzen für ihre Rolle als Informanten und Meinungsbildner. Der Bundesrat soll eine Abstimmung mit Augenmass begleiten können. Deshalb schliesse ich mich dem Entscheid des EVP-Zentralvorstandes, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, mit Überzeugung an.

## Dignitas das Handwerk legen

Seit kurzem leistet Dignitas Suizidbeihilfe mit Helium und kann so die ärztliche Kontrolle umgehen – das bisher verwendete Natrium-Pentobarbital wird nur auf Rezept abgegeben, während Helium frei erhältlich ist. Für die EVP ist klar: jetzt muss die Politik die Notbremse ziehen und Dignitas das Handwerk legen. EVP-Kantonsrat Gerhard Fischer (Bäretswil ZH) fordert den Regierungsrat am 31. März mit einem dringlichen Postulat auf, die Sterbefabrik von Dignitas in Schwerzenbach sofort zu schliessen. Zudem soll der Kanton eine umfassende Strafuntersuchung einleiten. Derweil erwägt Ruedi Aeschbacher auf nationaler Ebene, eine Präzisierung und Verschärfung von Artikel 115 StGB zu verlangen – seine Parlamentarische Initiative zum Verbot der Suizidbeihilfe bei Personen aus dem Ausland ist in der Rechtskommission noch hängig. Es braucht dringend einen Marschhalt in Sachen Sterbehilfe: die EVP bleibt dran.

## Gegenrecht für Christen in Arabien

Der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) hat sich wiederholt besorgt über die Minarettinitiative und die Religionsfreiheit in der Schweiz geäußert. Dass ein Minarettverbot ein untaugliches Mittel ist, darin sind wir mit ihm einig. Dass die OIC aber von der Schweiz etwas verlangt, was ihre Mitgliedstaaten nicht zu gewähren bereit sind, finden wir ungeheuerlich. Wir fordern ein Gegenrecht für Christen in islamischen Ländern, was wir der OIC am 2. April per offenem Brief mit Kopie ans EDA mitteilen. Eine 1. April-Meldung «EVP baut Kirche in Istanbul» verschafft dem Anliegen zusätzliche Aufmerksamkeit...

## JAHRESZIELE DER GL

### GEMEINSAM VORAN!

**Die Geschäftsleitung der EVP hat ihre Jahresziele fürs 2008 festgelegt. Schwerpunkte sind der Parteaufbau, die Medienarbeit und ein besseres Themenmanagement.**

(nh). Die Geschäftsleitung der EVP hat sich die folgenden Ziele gegeben:

1. Nationalratswahlen 2011: Bildung eines neuen Wahlkampfteams, Förderung von Spitzenkandidierenden beginnen, Wahlthemen 2011 vorselektieren
2. Nachwuchsförderung: Mitgliederwerbung und Vernetzung mit kirchlichen Kreisen, Leitfadens zur Personalentwicklung erstellen
3. Expansion/Parteaufbau: Aufbau in den bestehenden Sektionen vorantreiben, Impulse für Neugründungen geben, bestehende Kanto-

nalparteien revitalisieren, Multiplikatoren oder Koordinatoren finden für den lokalen und regionalen Parteaufbau

4. Finanzen/Fundraising: Kompensation der geringeren Fraktionseinnahmen über höhere Zentralbeiträge, Zusammenarbeit mit Fundraisingfirma prüfen, Inserateinnahmen in akzente/accents steigern

5. Interne/Externe Kommunikation: Medienkontakte verbessern, regelmässiges Medientreffen schaffen, Kopfblattsystem der kantonalen Infos aufbauen, interkantonalen In-

formationsaustausch verbessern, Webauftritte für Kandidierende und Ortsparteien fördern

6. Mitgliederwachstum: 5000 Mitglieder am 31.12.2008, Adressarium markant und qualitativ ausbauen

7. Wertekampagne: Petition abschliessen und einreichen, Lebenswerte politisch konkretisieren, Werte-Newsletter aufbauen

8. Kompetenznutzung: Bessere Kompetenznutzung der EVP-Mitglieder, KMU-Netzwerk und andere Zielgruppen-Netzwerke aufbauen

9. Themenmanagement: Kernkompetenzen und Nischenthemen definieren, EVP-Themen personalisieren, Kompetenz in den EVP-Themen steigern.

Diese Ziele können wir nur gemeinsam erreichen. Herzlichen Dank für Ihr Mittragen!

## BEWÄHRTES RECHT

**EVP-Schwerpunkte in der Session waren das Verbandsbeschwerderecht und die Sicherheit im Strassenverkehr.**

(rae/nh). Hohe Wellen wirft die **FDP-Initiative zur Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts**. Für Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) als Kommissionssprecher ist die Verbandsbeschwerde ein bewährtes Instrument, das dazu beiträgt, das Umwelt- und Raumplanungsrecht richtig umzusetzen. Mit den Mitte 2007 beschlossenen Einschränkungen des Verbandsbeschwerderechts sei die Initiative überholt.

Als Präsident von Fussverkehr Schweiz engagiert sich Ruedi Aeschbacher in der Debatte zum **Strassenverkehrsgesetz** stark gegen die geforderte Wiedereinführung des Handzeichens am Fussgängerstreifen: «Sie verlangen ja auch nicht, dass ein Autofahrer auf der Hauptstrasse bei jeder Nebenstrasse mit der Lichthupe signalisieren

muss, dass er seinen Vortritt wahrnehmen will.» Bei der Abstimmung wird es knapp: Aeschbacher kann den Rat mit 88 zu 85 Stimmen auf seine Seite ziehen. Hauchdünn wird es auch in der Frage, ob schwere Übertretungen der Verkehrsregeln im Ausland einen Ausweisentzug nach sich ziehen sollen, wie es in den letzten 30 Jahren der Fall war. Der Nationalrat stimmt der entsprechenden Rechtsgrundlage nur mit 89 zu 88 Stimmen zu!

Ruedi Aeschbacher propagiert als Kommissionssprecher eine Lösung, welche die Anliegen der **Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»** aufnimmt, umsetzbar ist und sich mit den Grundzügen des schweizerischen Verjährungsrechts verträgt: die 15-jährige Verjährungs-

frist soll nicht ab dem Zeitpunkt der Tat, sondern erst mit dem Erreichen der Volljährigkeit zu laufen beginnen. Opfer von pornografischen Straftaten können damit bis zu ihrem 33. Altersjahr Anzeige erstatten.

Es entwickelt sich eine längere Debatte zur globalen Finanzmarktkrise und dem Druck von Deutschland auf das **Schweizer Bankgeheimnis**. Walter Donzé ortet ein Ungleichgewicht zwischen den drakonischen Strafverschärfungen, die man bei der Jugendkriminalität fordert und den «Anreizen zur Ehrlichkeit», die man den Steuersündern bieten will. Er plädiert für einfache, transparente und allgemein anerkannte Regeln für die Ansiedlung von Unternehmen statt immer neuen Privilegien für Holdings.

In der dringlichen Debatte zu den **Verlusten bei SBB Cargo** fordert Ruedi Aeschbacher schliesslich Bundesrat Moritz Leuenberger dazu auf, den Verwaltungsrat mit Fachleuten zu besetzen, die etwas vom Transportgeschäft verstehen.

### Wechsel in der GL

Nach 19 Jahren hat Caesar Schmid seinen Rücktritt aus der Geschäftsleitung der EVP Schweiz erklärt. Neu nehmen Marianne Streiff-Feller, Mirja Zimmermann-Oswald und François Bachmann in der GL Einsitz. Die DV hat zudem neu in den Zentralvorstand gewählt: Gaetano Florio (BS), Tom Gerber (BE), Hanspeter Günthart (ZH), Valérie Kasteler-Budde (GE), Manfred Kiener (AG), Didier Rochat (NE), Kurt Schreiber (ZH), Markus Schwob (ZH), Marianne Streiff-Feller (BE), Barbara Streit-Stettler (BE), Christian Wälchli (TG) und Theo Weller (BL).

### Zivildienst: Tatbeweis

Wer Zivildienst leisten will, muss künftig keine Gewissensprüfung mehr ablegen. So will der Bundesrat eine Motion von Heiner Studer umsetzen.

Anzeige

# Abschalten und Auftanken. Was liegt näher.



**Lihn**

### Der Tagungsort, der auch Feriengäste verwöhnt.

- Seminarhotel 50 Minuten von Zürich, für Gruppen, Familien und Einzelgäste
- Traumhaft über dem Walensee mit See- und Bergsicht
- Professionelle, vielfältige Seminarinfrastruktur
- Alkoholfreie Gastlichkeit und ausgezeichnete Küche mit Goût-Mieux-Label
- Idealer Ausgangspunkt für Wanderungen, ins Heidiland und zur nahen Rodelbahn
- Sport und Spass vor der Haustüre, Streichelzoo, Spielplatz mit Riesentrampolin
- Heidi-Kinderzimmer, Töggelikasten, Tischtennis
- Nah bei den Flumserbergen für Wintersport
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

### Nichts wie Lihn.

Lihn Ferien und Seminare | 8757 Filzbach über dem Walensee | Telefon 055 614 64 64  
[www.lihn.ch](http://www.lihn.ch)

**Seebüel**



### Das Ferienidyll, das auch Seminargäste geniessen.

- Ferien für Einzelgäste, Familien, Gruppen und Menschen mit Behinderung
- Einmalig ruhige Lage direkt am Davoser See
- Café am See mit Panorama-Terrasse
- Alkoholfreie Gastlichkeit und kreative Küche zum Geniessen
- Mehrzwecksaal und gemütliche Aufenthalts-/Gruppenräume, Spielzimmer
- Kinderspielplatz, Grillplatz, hoteleigenes Ruderboot
- Gratis Bergbahnen im Sommer
- Schneesicher im Winter
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

### Auf nach Davos.

Seebüel Ferien und Seminare | 7265 Davos Wolfgang | Telefon 081 416 31 17  
[www.seebuel.ch](http://www.seebuel.ch)

HEIDLAND

Goût Mieux

Blauer Kreuz

DAVOS

valHOTELS

Blauer Kreuz

## PERSONEN

### EVP will in Regierung

Die EVP Basel-Stadt nimmt mit Grossrat Heinrich Ueberwasser an den Regierungsratswahlen teil. Sie präsentiert sich gemeinsam mit der DSP als Alternative der Mitte zwischen den Blöcken.

### EVP im Gemeinderat

In Büren wurde Werner Niederer für die EVP in den Gemeinderat gewählt, in Urdorf Sandra Rottensteiner: letztere im ersten Wahlgang mit absolutem Mehr gegen zwei Konkurrenten (SVP und parteilos).

### «Höchste» EVP-ler

Jörg Kyburz wird 2008/2009 den Einwohnerrat Lenzburg präsidieren, Urs Holliger in der selben Periode jenen von Brugg.

### Bont für Streiff

In Köniz rutscht Markus Bont für den zurückgetretenen Marco Streiff in den GGR nach.

### Gemeindepräsidium

In Kandergrund wurde Fritz Inniger-Burn zum Gemeinderatspräsidenten gewählt.

## IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)  
15. Jahrgang, Nummer 2, April 2008

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:  
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:  
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:  
Postfach 3467, 8021 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:  
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Walter Donzé, Helena Gysin, Niklaus Hari, Manfred Kiener.

Druck und Vertrieb:  
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:  
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

## WAHLEN ST.GALLEN

# EVP KANN SITZE HALTEN

**Ein echter Erfolg für die EVP: als einzige Partei kann sie ihre Sitze im verkleinerten Kantonsrat halten. Wiedergewählt sind Reto F. Denoth und Hans Oppliger.**

(nh). Bei den St.Galler Kantonsratswahlen werden die beiden bisherigen Reto F. Denoth (St.Gallen) und Hans Oppliger (Werdenberg) beide im Amt bestätigt und die EVP ist damit die einzige Partei, die trotz der Verkleinerung des Rates, keine Sitzverluste zu verzeichnen hat. «Dieses Resultat kann sich nicht nur sehen lassen, sondern ist ein echter Erfolg für die EVP», meint Kantonalsekretär Roman Rutz.

Aufgrund des kantonalen Stimmenanteils von 2.3 Prozent stünde

der EVP wohl ein dritter der 120 Sitze zu, wenn das ungerechte Wahlsystem die grossen Parteien nicht klar bevorzugen würde. Im Hinblick auf eine allfällige Einführung des wählergerechten Systems «doppelter Pukelsheim» war der Einsatz in den Wahlkreisen Wil, Toggenburg und See-Gaster bereits bei diesen Wahlen enorm wichtig und wertvoll.

Die EVP Kanton St.Gallen erwägt die Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative gemeinsam mit anderen Parteien.

## WAHLEN BASELBIET

# EVP HOLT EXEKUTIVSITZ

**Plus ein Gemeinderat, plus zwei Sitze in den Gemeindekommissionen, ein zusätzliches Einwohnerratsmandat: die EVP hat bei den Kommunalwahlen im Baselbiet gut abgeschnitten.**

(nh). In Muttenz wurde EVP-Landrat Thomi Jourdan glänzend in den 7-köpfigen Gemeinderat gewählt, gleichzeitig hat sich die EVP in der Gemeindekommission von einem auf zwei Mandate gesteigert. Diese Kommissionen sind ein Baselbieter Unikum, welche in grösseren Gemeinden ohne Einwohnerrat als

Bindeglied zur Gemeindeversammlung fungieren. Während die EVP ihre Mandate in den Gemeindekommissionen von Gelterkinden (Martin Geiser, bisher) und Bottmingen (Elsbeth Mathis, bisher) halten konnte, ist in Birsfelden Sara Fritz auf einer CVP-EVP-Liste neu in dieses 15-köpfige Gremium ge-

## WAHLEN TG

# PLUS 2 SITZE IM THURGAU!

(nh). Die EVP Kanton Thurgau gewinnt am 6. April zwei Sitze hinzu und kann damit neu sechs Vertreter ins Kantonsparlament schicken. Neben den bisherigen Wolfgang Ackerknecht, Matthias Müller, (Bezirk Frauenfeld), Rudolf Bär (Bezirk Kreuzlingen) und Urs Peter Beerli (Bezirk Weinfelden) nehmen neu Fritz Rupp (Bezirk Münchwilen) und die Kantonalpräsidentin Regula Streckisen (Bezirk Arbon) Einsitz im Thurgauer Grossen Rat. Für letztere ist es eine Rückkehr: in Arbon kann die EVP den vor vier Jahren verlorenen Sitz zurückerobern. Herzliche Gratulation!

wählt worden. Nicht gereicht hat es für einen Sitz in Therwil.

In Liestal haben auf einer gemeinsamen Liste für den Einwohnerrat 3 Sitze für die EVP (+1) und einer für die CVP resultiert. Da die glp erstmals einen Sitz gewann, wird eine Fraktion wie im Bundeshaus angestrebt – allerdings kräftemässig in völlig anderer Zusammensetzung! Gleichzeitig konnte die EVP ihre bisherigen Mandate in den jeweils 40-köpfigen Einwohnerräten von Allschwil (2 Sitze, Barbara Selinger und Claude Rothen, beide bisher) und Binningen (1 Sitz, neu mit Peter Buess) halten.

## TERMINE

- |                    |  |
|--------------------|--|
| 1. Juni 2008       | Volksabstimmung  |
| 14. Juni 2008      | EVP Schweiz, Aarau Zentralvorstand                                   |
| 23. August 2008    | EVP Schweiz, Schaffhausen Delegiertenversammlung und Zentralvorstand |
| 30. August 2008    | *jev, Basel Mitgliederversammlung                                    |
| 20. September 2008 | EVP Schweiz, Olten Bettagskonferenz                                  |
| 28. September 2008 | Volksabstimmung  |

Anzeige

www.livenet.ch  
...erfrischt!  
News • Agenda • Adressen  
Jobs • Forum • Webhosting  
... am Puls der Zeit!  
www.livenet.ch  
Unser Tipp:  
Top-Newsletter  
Aktuelle News und geistliche Impulse  
Livenet.ch – für engagierte Christen  
Jesus.ch – für am Glauben Interessierte



## ZWISCHEN IDEAL UND KOMPROMISS

(nh). Dr. Georg Lutz, Politologe an der Universität de Lausanne und Peter Henning, Theologe und Dozent am TDS Aarau diskutieren mit Parteipräsident Ruedi Aeschbacher anlässlich des Kadertags der EVP Schweiz vom 15. März in Aarau. Thema ist das Spannungsfeld zwischen Ideologie und Kompromiss, zwischen christlichen Idealen und alltäglicher Realpolitik. Lutz ist überzeugt, dass die politischen Ins-

titutionen in der Schweiz, und auch die politische Kultur, die auf Ausgleich und Kompromiss bedacht ist, genügend stark sind, um kleinere Erschütterungen, wie «der selbstdeklarierte Oppositionskurs der SVP oder die Heraufstilisierung von Christoph Blocher als Heilsbringer für die Schweiz», zu überleben.

Derweil plädiert Henning für eine christlich geprägte Politik als «Gesellschaftsdiakonie», als Dienst

an der Gesellschaft, welche das Gebet umfasst, das aktive Einordnen im Staat (Wächterfunktion vor menschenverachtenden Ideologien, Erinnern an Pflicht der Mitmenschlichkeit) und das kritische Prüfen aus Liebe, verbunden mit dem Setzen von Zeichen.

Die Referate können unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch) > Termine > Zurückliegende Anlässe heruntergeladen bzw. angehört werden.

### EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 23. August 2008, 10.15 bis 12.30 Uhr im Casino Schaffhausen.

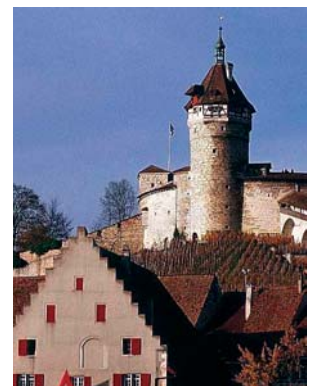
- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Präsentation der EVP Kanton Schaffhausen
- TOP 5 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 6 Abstimmungsparolen
- TOP 7 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident  
Heiner Studer

Der Generalsekretär  
Joel Blunier



Ich melde mich für die DV vom 23. August 2008 an. Mittagessen:  mit  ohne  vergünstigt (für \*jevp-Mitglieder)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bis am 18. August 2008 einsenden an:  
EVP Schweiz  
Josefstrasse 32  
Postfach 3467  
8021 Zürich  
Telefon 044 272 71 00  
[info@evppev.ch](mailto:info@evppev.ch)